

# **Dilemmata marktliberaler Globalisierung – Globale Freiheit durch globalen Wettbewerb?**

**Jakob Kapeller und Georg Hubmann**

**December 2023**

# Dilemmata marktliberaler Globalisierung

## Globale Freiheit durch globalen Wettbewerb?

*Jakob Kapeller\* und Georg Hubmann\*\**

### *Abstract*

Der klassische Liberalismus hat die Sicherung individueller Freiheit zum Ziel – im politischen Liberalismus durch die Gewährleistung der Menschenwürde und der demokratischen Rechte, im Wirtschaftsliberalismus durch die Sicherung der Freiheit wirtschaftlicher Aktivitäten. Mit Bezug auf klassische und aktuelle liberale Denker zeigen wir theoretische Spannungsfelder zwischen politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus auf, die im Zuge der ökonomischen Globalisierung der letzten Jahrzehnte an praktischer Bedeutung gewonnen haben. Dabei wird mit Blick auf empirische Beispiele gezeigt, dass eine Globalisierung unter streng wirtschaftsliberalen Vorzeichen mit zunehmender Ungleichheit einhergeht, bestehende pfadabhängige Entwicklungen verstärkt und einen Standortwettbewerb vorantreibt, der dazu tendiert politische Freiheiten und demokratische Regulierung sukzessive zu untergraben.

*Keywords: Liberalismus, Freiheit, Globalisierung, Standortwettbewerb*

JEL-Codes: D60, F60, F68

Liberalism as a social philosophy aims to protect and expand individual liberty. Liberty is thereby understood in a twofold way encompassing both, political liberties, like human dignity or democratic inclusion, as well as economic liberties, like private property rights or free market access. In this article, we point to the fact that this dual notion is surrounded by some tensions that become increasingly visible when discussing the economic and political impacts of increasing international economic integration, i.e. globalization. Specifically, it is concerned with the fact that globalization as observed in the last decades was mainly driven by the principles of economic liberalism, which in some instances undermines the goals of political liberalism – e.g. due to rising inequality, increasing path-dependencies or by creating a *race for the best location*, that partially undermines the (democratic) sovereignty of nations.

*Keywords: liberalism, economic freedom, globalization, race for the best location*

JEL-Codes: D60, F60, F68

*Eine überarbeitete Version dieses Beitrags erschien in: Klüh, Ulrich / Sturn, Richard (Hrsg.): Globalisierungs- und Wachstumsgrenzen, Jahrbuch Normative und institutionelle Grundlagen der Ökonomik, Bd. 20, Metropolis, 2023.*

\*Jakob Kapeller, Universität Duisburg-Essen – Institut für Sozioökonomie & Johannes Kepler Universität Linz – Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE), jakob.kapeller@uni-due.de

\*\*Georg Hubmann, Universität Duisburg-Essen, Institut für Sozioökonomie, georg.hubmann@uni-due.de

## 1. Einleitung

Der klassische Liberalismus orientiert sich an der Freiheit als zentraler normativer Vorstellung. Doch eine zu undifferenzierte Projektion des Ideals (individueller) Freiheitsrechte führt leicht zu Widersprüchen und Zielkonflikten, da hier unklar bleibt in welches genaue Verhältnis (a) unterschiedliche Dimensionen der Freiheit und (b) die Freiheit dritter Personen zu stellen ist. Daher weist der klassische Liberalismus ein inhärentes Spannungsfeld auf, das mit einem Rückgriff auf den Gegensatz zwischen politischem und ökonomischem Liberalismus zugespitzt und illustriert werden kann.

Dieser Beitrag zeigt auf, dass dieses Spannungsverhältnis zwischen ökonomischem und politischem Liberalismus gerade im Kontext zunehmender ökonomischer Globalisierung besonders sichtbar zu Tage tritt, da die Durchsetzung zentraler wirtschaftlicher Freiheiten (wie Freihandel oder Kapitalmobilität) dazu führen kann, dass wesentliche Momente politischer Freiheit (wie Menschenwürde oder nationale Souveränität) geschwächt oder unterlaufen werden.

Um diesen Zusammenhang näher zu beleuchten, diskutieren wir in Kapitel 2 das hier angesprochene Spannungsfeld von politischem und ökonomischem Liberalismus genauer und stellen dieses einer liberalen Vision der Globalisierung gegenüber, die von etwaigen Zielkonflikten zwischen verschiedenen Freiheitsansprüchen abstrahiert. Kapitel 3 widmet sich im Anschluss konkreten Verteilungstendenzen, die mit zunehmender ökonomischer Integration einhergehen, und verbindet diese Betrachtung mit einem klassischen Topos liberaler Kontroversen – nämlich dem oftmals komplexen Zusammenhang zwischen ökonomischer Freiheit und politischer Unfreiheit. Die gezeigten Zusammenhänge und Wirkungen führen zu der in Kapitel 4 präsentierten These, dass die Globalisierung der letzten Dekaden als Standortwettbewerb gedeutet werden kann, der politische AkteurInnen der Marktlogik unterwirft. Abschnitt 5 fügt der Analyse eine zusätzliche Stoßrichtung hinzu, indem auf die endogene Pfadabhängigkeit ökonomischer Entwicklung hingewiesen wird, die das Zustandekommen ökonomischer und politischer Konvergenz systematisch erschwert.

## 2. Liberalismus und Globalisierung

In diesem Abschnitt wird danach gefragt in welchem Ausmaß eine liberale Vision der Globalisierung, die einen allgemeinen Freiheitszuwachs durch ökonomische Integration verspricht, realisiert werden kann. Zu diesem Zweck wird einleitend das Spannungsfeld von politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus als Wurzel der Dilemmata marktliberaler Globalisierung analysiert.

### 2.1 Das Spannungsfeld von Politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus

Ausgehend vom klassischen Liberalismus, der mit Locke, Smith und Kant individuelle Freiheitsrechte ins Zentrum stellt, haben sich im Laufe der Zeit verschiedene liberale Ansätze und Strömungen herausgebildet, die politische und ökonomische Freiheitsrechte in unterschiedlichem Maße betonen. Der politische Liberalismus fokussiert dabei auf die

politischen Rechte der Einzelnen (Staats-)BürgerInnen, wirtschaftsliberale Ansätze jedoch stellen Eigentumsrechte und die Freiheit von Unternehmen sowie in Handelsbeziehungen in das Zentrum. Diese Unterscheidung scheint für das weitere Nachdenken über den Liberalismus vor allem deshalb sinnvoll, weil die genuin politischen und wirtschaftlichen Freiheitsansprüche nicht notwendigerweise kongruent zueinander sind. In dem sich hieraus ergebenden Spannungsfeld von politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus liegen daher auch die Wurzeln für die Dilemmata marktliberaler Globalisierung. Der Terminus der marktliberalen Globalisierung steht dabei stellvertretend für die zunehmende globale Integration in den letzten vier bis fünf Dekaden, die primär auf einer Ausweitung ökonomisch gedachter Freiheitsrechte beruhte und in der die politischen Aspekte des Liberalismus – etwa die globale Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten – eine untergeordnete Rolle spielten.

Der politische Liberalismus fokussiert auf politische Freiheiten. Mit der Entstehungsgeschichte des liberalen Denkens sind Forderungen nach politischer Gleichheit aller Menschen eng verbunden. Dazu gehören etwa die Ablehnung der Stände als politisch fixierte gesellschaftliche Hierarchie, die Forderung nach universellen Menschenrechten oder nach einem demokratischen politischen System mit freien Wahlen. Dieser Fokus auf die politischen Rechte spiegelt sich auch im Menschenbild des politischen Liberalismus wider: der „citoyen“, als mit Freiheit und Würde ausgestattete(r) (Staats-)BürgerIn und Teil der „res publica“, nimmt diese Rechte verantwortungsbewusst in Anspruch und erfüllt auch die damit verbundenen gesellschaftlichen Pflichten – insbesondere die Anerkennung der Freiheit und Würde anderer. Der Mensch ist also primär Teil der Gemeinschaft, in der er oder sie politische Rechte und Pflichten im Sinne der wechselseitigen Sicherung der Freiheit wahrnimmt.

Die politischen Ziele und das Menschenbild bestimmen den gesellschaftlichen Umgang, in dem Interessenskonflikte durch Diskurs, Kompromiss- und Konsensfindung gelöst werden. Demokratische Verfahren sind damit insofern ideale Interaktionsformen jeder „offenen Gesellschaft“ (Popper 1945) als dass sie einer gewaltfreien Auseinandersetzung den institutionellen Rahmen liefern. Damit gilt auch, dass Kooperation und bestimmte kollektive Ziele – wie die Sicherung der Demokratie – im gesellschaftlichen Umgang wichtiger sind als Wettbewerb und individueller Nutzen, da erstere eine konstitutionelle Basis liefern, um individuelles Erfolgsstreben konstruktiv gesellschaftlich einzubetten. Die Sicherung der wechselseitigen Achtung und Anerkennung der anderen Menschen ist daher als zentrales Prinzip des guten Handels im Sinne einer sittlichen Vernunft anzusehen. Das oberste Ziel im Gesellschaftsbild des politischen Liberalismus ist damit die Verwirklichung der Menschenwürde (Ulrich 2002).

Im Wirtschaftsliberalismus dominieren ökonomische Rechte die Vorstellung von Freiheit. Darunter fallen freie Märkte, freier Handel über Grenzen hinweg, freies UnternehmerInnenentum und starke Eigentumsrechte. Personifiziert entspricht dieses Bild der Freiheit eher jenem des „bourgeois“, also des/der BürgerIn als BesitzbürgerIn. Interaktionen zwischen den BesitzbürgerInnen orientieren sich an den Prinzipien von Tausch, Markt und Vertrag. Das Einhalten bestehender Verträge gilt als zentrales Prinzip der Gerechtigkeit (Hobbes 1651). Die Dualität von Kontrakt und Wettbewerb des freien Markts gilt dabei für persönliche Interaktionen – etwa am Arbeitsmarkt – genauso wie für globale Beziehungen im Rahmen internationaler Geschäftstätigkeit. Wettbewerb und Außenhandel werden mit Verweis auf den dadurch generierten zusätzlichen Wohlstand, der sich aus der Summe

einzelner marktkonformer Handlungen (Wettbewerb) bzw. der Ausweitung der Produktionsmöglichkeitenkurve (Außenhandel) ergibt, auch normativ legitimiert. Kurz gesagt gilt: Richtiges Handeln der Einzelnen folgt der instrumentellen Vernunft des Wettbewerbs und trägt im Aggregat zu einer harmonischen Gesellschaft ebenso wie zu einer effizienten Nutzung bestehender Ressourcen bei. In dieser Lesart bietet jede Ausweitung oder Verschränkung bestehender Märkte die Chance mehr Menschen und Ressourcen in diese wohlstandsbringende Dynamik des Wettbewerbs einzubeziehen.

Zwischen politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus gibt es Spannungsfelder, die auf Interessenskonflikte hinweisen. Diese wurden in der Geschichte der liberalen Denktradition immer wieder aufgegriffen und dazu Position bezogen. Wir illustrieren das im Folgenden anhand von unterschiedlichen Blickwinkeln beispielhaft.

Ein wiederkehrendes Thema in der Auseinandersetzung um die Freiheit, betrifft die Frage, ob und in welchem Maße wachsende ökonomische Ungleichheit politische Freiheiten unterminiert. Bereits Jean Jacques Rousseau stellt im 18. Jahrhundert fest, dass es bei der Suche nach gerechten Maßstäben für eine Gesellschaft nicht um absolute Gleichheit gehe, sondern darum überbordende ökonomische Ungleichheit zu vermeiden, da diese schnell in Abhängigkeitsverhältnisse führt, die wiederum politischen Freiheiten entgegenstehen. Die Vermeidung einer solchen ökonomischen Schiefelage, die letztlich Freiheit unterminiert, ist damit allein Grund genug Eigentums- und Verfügungsrechte kritisch in den Blick zu nehmen.

„Im Hinblick auf die Gleichheit soll dieses Wort nicht bedeuten, dass das Ausmaß an Macht und Reichtum absolut dasselbe für alle sei, sondern daß [...] kein Bürger genügend vermögend sei, sich einen anderen kaufen zu können, und keiner so arm, daß er sich zu verkaufen gezwungen wäre.“  
(Rousseau 1762: 73f.)

Die Frage wie weitgehend individuelle Freiheitsansprüche auf Eigentum realisiert werden können, ohne die Möglichkeiten anderer einzuschränken ist ein fester Bestandteil philosophischer Grundsatzüberlegungen. Immanuel Kant definiert Freiheit als die Unabhängigkeit von der „nötigenden Willkür“ (Kant 1797) einer anderen Person, es gilt also die ungleiche Verfügung über Eigentum so zu regeln, dass keine direkten Abhängigkeitsverhältnisse entstehen. Diese Beschränkung der individuellen Freiheitsrechte kann, wenn es um die grundlegende Sicherung der Existenz geht, zur Erpressbarkeit und damit zum Verlust der Möglichkeiten zur Gestaltung führen. In Kants vertragstheoretischer Diskussion der Frage sind gleichberechtigt ausgestaltbare Rechtsverhältnisse (Verträge) die Lösung in diesem Spannungsfeld – daraus leitet Kant auch das staatliche Recht auf Eingriffe in die bestehende Eigentumsordnung ab, das insbesondere dann greift, wenn bestehende Eigentumsverhältnisse die gleichberechtigte Ausgestaltung der Vertragsverhältnisse unterlaufen (Weiler 2020).

Die Frage nach dem Handlungsspielraum und den damit verbundenen Möglichkeiten die persönlichen Neigungen zu verwirklichen, diskutiert auch Amartya Sen. Für ihn geht es in der Abwägung von individueller Freiheit und Ungleichheit darum – die „Befähigung einer Person, die Dinge zu tun, die sie mit gutem Grund hochschätzt“ (Sen 2010: 259) zu gewährleisten. Befähigung bezieht Sen auf einen aktiven Begriff der Freiheit, denn die Maßgabe ist, ob Menschen tun können, was sie gerne tun möchten. Damit richtet Sen die Perspektive auf jene zahlreichen Fälle in denen minimale Freiheitsrechte aufgrund zu ungleicher Ausstattung unerfüllt bleiben.

Die hier angedeutete Skepsis vor den Konsequenzen einer allgemeinen Durchsetzung des Wettbewerbsdenkens als Handlungsmaxime, bedeutet dabei nicht die Tauglichkeit des Wettbewerbs in manchen gesellschaftlichen Bereichen als geeignetes Ordnungsprinzip zu bestreiten. Aber eine Überbetonung des Handlungsprinzips des Wirtschaftsliberalismus birgt die Gefahr kooperative Arrangements erfolgreichen, gesellschaftlichen Zusammenwirkens mittelfristig zu untergraben.

“We may then come to the conclusion that while the element of competition can play a useful role in some departments of our lives, its unrestricting acceptance as the basic driving force will foster undesirable qualities like greed, fraud, ruthlessness, at the cost of truthfulness, readiness to help and solidarity.” (Rothschild 1954: 311)

Einen grundsätzlich anderen Zugang, als die hier bislang zum Verhältnis von ökonomischer Freiheit und politischen Rechten diskutierten, vertritt Friedrich August von Hayek, der die ökonomische Freiheit als Grundbedingung für alle anderen Formen von Freiheit definiert und gleichzeitig Verantwortung und Risiken der ökonomischen Entscheidungen in den Bereich der individuellen Verantwortung verweist.

“The economic freedom which is the prerequisite of any other freedom cannot be the freedom from economic care [...] which can be obtained only by relieving the individual at the same time of the necessity and of the power of choice: it must be the freedom of economic activity which, with the right of choice, inevitably also carries the risk and the responsibility of that right.” (Hayek 1945: 35)

Im Grunde geht es in diesem Diskurs also um die Frage, ob und in welchem Maße Institutionen kooperativer Kompromiss- und Lösungsfindung unter Gleichen nötig sind, um die Freiheit aller zu wahren. Ein Streitpunkt ist dabei, wie weitreichend diese Institutionen gefasst sein sollen. Im Kontrast zur Minimalposition Hayeks steht hier etwa John Stuart Mill, der zentrale Bestimmungsfaktoren ökonomischer Aktivität – wie natürliche Rohstoffe oder Produktivitätssteigerungen – mit in den Katalog der kooperativ zu gestaltenden Institutionen mit aufnimmt.

„[The main question is] how to unite the greatest individual liberty of action, with a common ownership in the raw material of the globe, and an equal participation of all in the benefits of combined labour.” (Mill 1873: 239)

Bei den hier vorgestellten Standpunkten geht es im Grunde um die Verbindung von politischen Machtfragen und ökonomischen Verteilungswirkungen. Folgt man etwa den Grundintuitionen von Rousseau und Mill dann ist klar, dass überbordende ökonomische Freiheit zu einer ungleichen Verteilung führt, die in weiterer Folge auch den Zugang zu und die Wahrung von universellen politischen Rechten in Frage stellt und es damit auch zu Machtverschiebungen kommt, die in der Idee des politischen Liberalismus nicht intendiert sind. Den hier skizzierten Fragestellungen begegnet man auch in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Debatten, die wir in Abschnitt 3.2 aufgreifen.

## *2.2 Gibt es eine liberale Vision der Globalisierung?*

Der politische Liberalismus zielt auf die Durchsetzung der universellen Menschenrechte, Wirtschaftsliberalismus hat die Freiheit des Handels als oberste Maxime. Zeitgenössische

Narrative zur vermeintlichen oder tatsächlichen Ausbreitung liberaler Prinzipien im Zuge der jüngeren Globalisierung (z.B. Fukuyama 1992, Pinker 2018, Rosling et al 2019), haben dabei die Tendenz politischen und wirtschaftlichen Liberalismus unkritisch zu verbinden und über das hier artikulierte Spannungsfeld hinwegzusehen. Verbindet man beide Ideen in dieser Weise beinhaltet eine liberale Vision der Globalisierung ein dreifaches Versprechen: einen politischen *Freiheitszuwachs* durch die Ausweitung von Demokratie und universellen Menschenrechten, einen ökonomischen *Wohlstandzuwachs* durch Freihandel auf globalen Märkten sowie eine dadurch in Gang gesetzte *Tendenz zur Konvergenz*, die dazu führt, dass sich individuelle Freiheiten und materielle Lebensstandards sukzessive nach oben hin angleichen.

Eine aus politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus zusammengeführte liberale Vision der Globalisierung brächte also nicht nur Freiheits- und Wohlstandszuwächse, sondern würde neben der formalen Gleichheit der Individuen auch ihre praktischen Handlungsmöglichkeiten (*capabilities*) durch Mehrung des Wohlstandes gemeinsam mit dem Ausbau demokratischer Grundrechte beständig ausweiten. Wenig überraschend werden in dieser Lesart politische und wirtschaftliche Freiheit als weitgehend komplementär angesehen – politische Freiheiten erhöhen die ökonomischen Spielräume und der mit einer liberaleren Wirtschaftsgestaltung verbundene Aufschwung verleiht Demokratisierungsbemühungen ein größeres Momentum. Das dieser Erzählung inhärente Übergehen des Spannungsfelds zwischen politischen und ökonomischen Freiheiten und zwischen eher humanistischen und eher ökonomistischen Fassungen liberalen Denkens ist dabei nur ein Grund dafür, warum eine solcherart gedachte liberale Vision der Globalisierung kaum einmal realisiert werden kann. Sie ist nachgerade verdammt dazu auf ewig Utopie zu bleiben, weil ökonomische Freiheit endogen sehr oft zur Einschränkung politischer Freiheit führt, und umgekehrt, das Etablieren politisch-demokratischer Freiheit zumeist zu einer teilweisen Beschränkung ökonomischer Freiheit wird.

Demfolgend ist es nur wenig überraschend, dass auch die empirische Bewertung einer solchen affirmativen Erzählung zu Globalisierung und Freiheit ambivalent ausfällt. Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt sich unnachgiebig, dass etwa die politischen Freiheiten Europas ökonomisch stark von der Bereitschaft fossiler Diktaturen abhängen, die bestehenden ökonomischen Freiheiten im Sinne unserer Versorgungssicherheit zu nutzen. Doch auch eine weniger punktuell angelegte Betrachtung, weist rasch auf die hier angesprochenen Ambivalenzen hin, wie etwa eine genauere Betrachtung der Verteilungsimplicationen der Globalisierung aufzeigt.

### *3. Verteilungsimplicationen der Globalisierung*

In Kapitel 3 illustrieren wir wie die Verteilungsergebnisse der globalisierten Wirtschaft entlang der zuvor thematisierten Spannungsfelder von politischem und ökonomischem Liberalismus zu Machtasymmetrien und damit zu Schiefen im Verhältnis von politischer Freiheit und ökonomischer Freiheit beitragen, die mit einer liberalen Vision der Globalisierung nicht mehr in Einklang stehen.

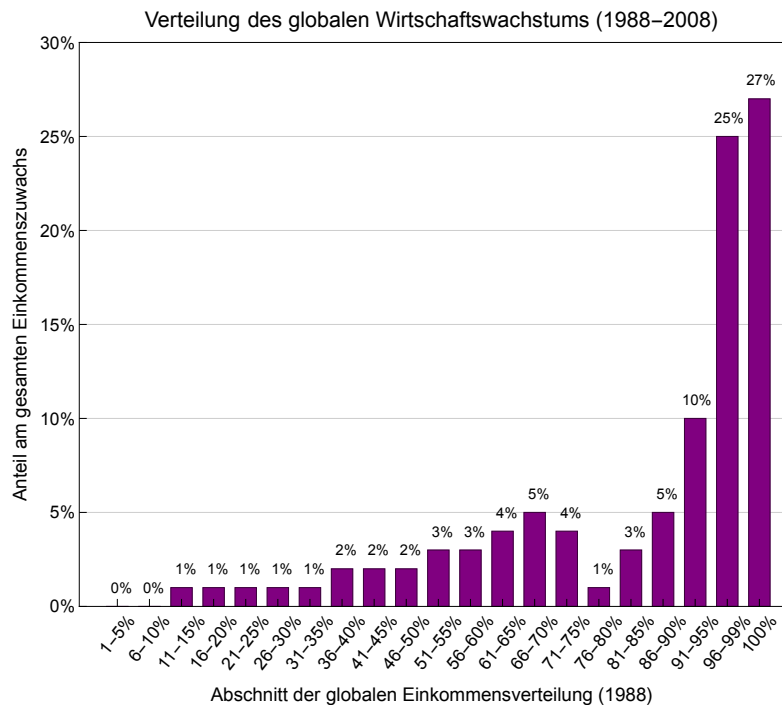
### 3.1 Verteilungsergebnisse der Globalisierung

Die Diskussion globaler Verteilungstendenzen, also der Frage, ob die Welt „gleicher“ oder „ungleicher“ wird, ist ein kontroverses Thema, zu dem in der Literatur unterschiedliche Befunde zu finden sind. Diese Unterschiede lassen sich zumeist mit Referenz auf Kontextfaktoren der Analyse – also Fragen nach der Datenqualität, der zeitlichen und räumlichen Reichweite der Samples und der methodischen Perspektive – erklären. So beziehen sich etwa Klassische Studien zu globaler Konvergenz typischerweise auf einen Vergleich der Durchschnittseinkommen unterschiedlicher Länder (und lassen daher die Ungleichheit innerhalb dieser Länder analytisch außen vor).

Betrachtet man die Entwicklung im Bereich der globalen Einkommensverteilung mit feinerer Granularität – etwa auf Basis eines globalen Vergleichs der Haushaltseinkommen, so zeigt sich ein komplexeres Bild, das sich auch im Zeitverlauf rasch verändert. Für den Zeitraum zwischen 1988 und 2008 – hier verstanden als historische Hochphase einer sich intensivierenden Globalisierung – bildet sich etwa ein *relatives* Aufholen einiger Länder aus dem Globalen Süden ab, wodurch die Mittelschichten der globalen Einkommensverteilung ein höheres Einkommenswachstum aufweisen als etwa die oberen 10% der globalen Einkommensverteilung. Daraus eine Konvergenz der globalen Einkommen abzuleiten, wäre aber aus zweierlei Gründen zu einfach gedacht: Zum einen, weil sich die Dynamik an den Rändern der Verteilung anders herum verhält: Bevölkerungsgruppen, die 1988 besonders arm waren, weisen auch wesentlich geringere Wachstumsraten aus, während das Wachstumsrate der Einkommen der globalen Elite (hier verstanden als das oberste 1% der globalen Einkommensverteilung) im globalen Vergleich überdurchschnittlich ausfällt. Zum anderen verliert eine reine Betrachtung der relativen Wachstumsraten – wie in der Konvergenzliteratur generell üblich – bereits bestehende, sehr hohe absolute Unterschiede in der globalen Einkommensverteilung aus dem Blick, die naturgemäß auch die weitere Verteilungsdynamik prägen (Milanovic 2013a).



Abbildung 1: Verteilung der globalen Einkommenszuwächse



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Milanovic (2013b:30).

Als Kontrast hierzu zeigt Abbildung 1 globale Verteilungsdynamiken in einer Weise, die die hohen absoluten Ausgangsunterschiede explizit in die Darstellung integriert. Im Fokus steht dabei die Frage wie sich das globale Wirtschaftswachstum im interessierenden Zeitraum auf die globale Einkommenshierarchie verteilt. Dabei weist die Darstellung auf eine Konzentration der Einkommenszuwächse bei den obersten 5% der globalen Einkommensverteilung hin. An diese Gruppe gingen 52% der gesamten Einkommenszuwächse, wobei auf das reichste Prozent 27% entfielen (Milanovic 2013b). Die Wohlstandsgewinne, die in Zeiten der Globalisierung entstehen, verstärken also bestehende Ungleichheiten.

Die Wohlstandszuwächse, die mit der Globalisierung einhergehen, erfüllen die Versprechen einer liberalen Vision der Globalisierung nur in der Hinsicht, dass die globale Wirtschaftsleistung zunimmt. Dass dieses Wachstum aber in hohem Maße an die einkommenstarken Bevölkerungsschichten fließt zeigt, dass eine reine Betrachtung relativer Wachstumsraten sehr oft zu kurz greift, um die tatsächliche, absolute Diskrepanz in den globalen Einkommen zu illustrieren. Zugleich beschränkt sich die festzustellende ökonomische Konvergenz nur auf die unteren 99% der globalen Einkommensverteilung, während für die ökonomische Elite offensichtlich andere Mechanismen gelten. Die Ziele einer liberalen Vision der Globalisierung scheinen unter den herrschenden Umständen damit nur schwer erreichbar.

### 3.2 Beispiele: Verhältnis von politischer Freiheit und ökonomischer Ungleichheit

Das mit der Globalisierung einhergehende hohe Maß an ökonomischer Ungleichheit sorgt für strukturelle Machtasymmetrien, die nicht nur große Unterschiede in den Möglichkeiten persönliche politische Grundrechte zu leben verursachen, sondern auch die politische

Gleichheit und Souveränität der beteiligten Regierungen untergraben können. Folgende Beispiele illustrieren diese beiden Effekte im Spannungsfeld von ökonomischer Ungleichheit und politischer Freiheit.

Griechenland stand auf Grund bestehender ökonomischer Ungleichgewichte innerhalb der Währungsunion, – Leistungsbilanzüberschüsse der Staaten im Norden Europas zu Lasten der südeuropäischen Länder – die sich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 massiv verschärften vor dem Staatsbankrott und geriet so in eine strenge politische und ökonomische Abhängigkeit von den wirtschaftlich starken Ländern und den Institutionen in der europäischen Währungsunion. Diese verordneten mit der Austeritätspolitik einen rigiden Sparkurs, der nicht nur in eine massive ökonomische Rezession führte, sondern auch durch eine Schwächung der öffentlichen Institutionen die politischen Handlungsspielräume der griechischen Regierung massiv einschränkte und die Rezession in Griechenland weiter vertiefte (Economides et al. 2021). Die enormen Auswirkungen der verordneten Maßnahmen auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, öffentliches Eigentum oder die unmittelbaren Lebensbedingungen der Menschen änderten nichts an der konsequenten Durchsetzung der strengen fiskalpolitischen Auflagen in Griechenland durch die europäischen Institutionen und den Internationalen Währungsfonds. Die ökonomischen Ungleichgewichte – als auslösender Faktor für die strukturellen Probleme – wurden in der Krisenpolitik nicht bearbeitet, sondern es fand eine Umdeutung der Krise in eine „Staatschuldenkrise“ einzelner Staaten statt, die die argumentative Legitimation dafür lieferte, deren politische Handlungsspielräume massiv zu beschränken (Pühringer 2019).

Der erleichterte Zugang zu Finanzdienstleistungen in Form von Mikro-Krediten gilt als entwicklungspolitisches Instrument das vielen Betroffenen einen Weg aus der Armut sichern soll (Yunus 2003). Die Idee, dass der leichtere Zugang zu Krediten sozialpolitische Programme ersetzen kann und so der Markt zu einer Selbstermächtigung von in Armut lebenden Menschen beiträgt, zeigt Tendenzen einer Finanzialisierung in der Entwicklungspolitik auf, die damit zu einer neuen Anlageform für privates Kapital wird. Wohlhabende Investoren profitieren von der Zinsleistung und der Anstrengung breiter Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern, die sich als „unternehmerische Arme“ (Mader 2014) selbst aus der Armut befreien. Im Ergebnis geraten viele der Betroffenen in eine Schuldenfalle, in der sie ständig weitere Kredite zur Refinanzierung aufnehmen müssen und ihre Lebensumstände sukzessive schlechter werden. Viele Menschen werden so von der globalen Finanzindustrie und ihrer Suche nach immer weiteren Anlagemöglichkeiten abhängig (Klas/Mader 2014). Mikro-Kredite als Beispiel für kreditfinanzierte, scheinbare Auswege aus der Armut zeigen, wie sich globale ökonomische Ungleichheit in direkte ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Reich und Arm überträgt. Dabei gilt, dass nicht das Konzept der Mikro-Kredite selbst intrinsisch problematisch wäre – vielmehr führt die Abwesenheit einer effizienten regulatorischen Einbettung als Element des politischen Liberalismus dazu, dass ökonomisches Erfolgsstreben am Markt für Mikro-Kredite in vielen Fällen destruktive Wirkungen für die KreditnehmerInnen entfaltet.

Globale Ungleichheit und die daraus resultierende Suche nach Anlagemöglichkeiten für freies Kapital führt zu „Land Grabbing“, dem Erwerb von Landflächen im globalen Süden durch private AnlegerInnen, multinationale Konzerne oder private InvestorInnen. Die Möglichkeit potenzielle Flächen zu günstigen Preisen zu erwerben, um in Zukunft Gewinne zu realisieren, ist eine Form der globalen Suche nach Renditemöglichkeiten. Schwache Eigentumsrechte und

korrupte staatliche Institutionen befördern derartiges „land grabbing“, das lokale Gemeinschaften oftmals aus ihrem angestammten Lebensumfeld verdrängt. In der Praxis bedeutet dies die Vertreibung der betroffenen Personen, die typischerweise mit dem Verlust ihrer Existenzgrundlagen einhergeht (Davis et al 2014). In einer globalen Perspektive führt „land grabbing“ zu Menschenrechtsverletzungen und Wohlstandsverlusten und bringt nicht die oft von InvestorInnen versprochene nachhaltige Entwicklung im Globalen Süden (Grant/Das 2015). Auch in diesem Fall gilt, dass AkteurInnen die großen globalen Ungleichheiten und Machtasymmetrien unter Bedingungen der ökonomischen Freiheit in ihrem Sinne nutzen und dadurch Momente politischer wie ökonomischer Freiheit – Menschenrechte, Souveränität, Eigentumsrechte indigener Bevölkerungen – untergraben.

Die hier vorgebrachten Beispiele illustrieren die Dilemmata einer liberalen Vision der Globalisierung. Ökonomische Offenheit bringt zwar in der globalen Sicht Wohlstandszuwächse, doch diese kommen zu einem großen Teil wenigen Reichen zugute. Politische Programme, die basierend auf den Maximen des Wirtschaftsliberalismus positive Effekte auf die ökonomische Situation einzelner Staaten oder der Bevölkerung versprechen, erfüllen diese meist nicht, sondern schränken darüber hinaus politische Grundrechte oft massiv ein.

#### *4. Globalisierung als Standortwettbewerb*

Die Globalisierungstendenz der letzten Dekaden wird gerne mit Verweis auf das ökonomische Modell des komparativen Kostenvorteils des Freihandels, das ursprünglich auf David Ricardo zurückgeht (Ricardo 1817), legitimiert und gerechtfertigt. Dieses besagt, dass sich die aggregierten Produktionsmöglichkeiten durch Freihandel ausweiten und so eine Situation entsteht, in der alle beteiligten Nationen von Offenheit im Außenhandel profitieren können. Unter den Tisch fällt dabei gerne, dass sich die Modellannahmen Ricardos radikal von heutigen Gegebenheiten unterscheiden – so radikal, dass sich die Frage stellt, ob die Begrifflichkeit des Freihandels überhaupt eine adäquate Beschreibung der heutigen Globalisierung darstellt.

Diese Globalisierung beinhaltet nämlich eine weitaus stärkere ökonomische Integration als bloßen Freihandel im Sinne der klassischen Ökonomie. So geht das Ricardo-Modell des komparativen Vorteils etwa davon aus, dass (a) Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital nicht international mobil sind, (b) in allen Ländern Vollbeschäftigung herrscht, (c) die Produktionstechnologien unterschiedlich und konstant sind, (d) sektorale Spezialisierungen allesamt gleichwertig sind (d.h. es ist egal, ob ein Land sich auf „Wein“ oder „Tuch“ spezialisiert) und dass es (e) aufgrund von Preisanpassungen in der langen Frist automatisch zu ausgeglichenen Handelsbilanzen kommt. Diese Annahmen passen entweder nicht zu den gegenwärtigen historischen Bedingungen – Produktionstechnologien sind veränderlich, Arbeitslosigkeit ein allgegenwärtiges Problem, Kapital international hochgradig mobil und persistente Handelsbilanzungleichgewichte ein konstanter Bestandteil der ökonomischen Realität der heutigen Globalisierung. Hinzu kommt, dass wirtschaftliche Entwicklung ein pfadabhängiger Prozess ist – Tuch und Wein sind daher keinesfalls gleichwertig, da ersteres Produkt einer industrialisierten Produktionsweise viel eher zugänglich ist als zweiteres – in der langen Frist ist daher eine Spezialisierung auf Tuch ökonomisch in jedem Fall zu bevorzugen und darüber hilft auch ein hervorragendes Glas Wein nicht hinweg.

Eine Folge dieser Konstellation ist, dass es in der heutigen Globalisierung nicht mehr um einen freien internationalen Wettbewerb zwischen national eingebetteten Produktionsstätten geht, wie es David Ricardo in seinem Modell des komparativen Vorteils zu beschreiben suchte. Vielmehr entstand durch internationale Kapitalmobilität und die Herausbildung transnationaler Konzerne ein Wettbewerb zwischen den Nationen um die Gunst des transnationalen Kapitals und die damit verbundene Möglichkeit Investitionen, Arbeitsplätze und Steueraufkommen durch günstige Standortbedingungen anzuziehen. Es stehen demnach nicht mehr – wie noch bei Ricardo – einzelne nationale Unternehmen im internationalen Wettbewerb um Absatzmärkte, sondern ganze Gesellschaften stehen in Konkurrenz um die Position als bester Standort für jene Investments, die am globalen Markt vergeben werden.

Zwar benötigt der globale Standortwettbewerb neben der internationalen Kapitalmobilität den freien Warenverkehr als zentrale Voraussetzung damit die räumliche Trennung von betrieblicher Kontrolle, Produktionsstätte und Absatzmarkt realisiert werden kann, doch geht Standortwettbewerb ökonomisch mit einem weitaus größeren Maß an Integration einher als der klassische Begriff des Freihandels suggeriert. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Freihandel und Standortwettbewerb aus Sicht des Liberalismus ist dabei, dass letzterer zu einer Aufhebung des Prinzips der Gleichheit führt, da nationalstaatliche Regelsetzung durch die Grenzen des Hoheitsgebiets beschränkt ist: Jene MarktteilnehmerInnen aber, die sich durch hohe transnationale Mobilität auszeichnen – also vorwiegend international tätige Firmen, der globale Finanzsektor und besonders vermögende Haushalte, können nationalstaatliche Grenzen leicht überschreiten und haben daher die Möglichkeit regulatorische Arbitrage zu betreiben und ihr Verhalten entlang von unterschiedlichen nationalen Regelsystemen und Produktionsbedingungen zu optimieren.

Der Standortwettbewerb unter Staaten hat sich durch die Zunahme von globalen Handelsströmen und den Abbau von Finanzmarktregulierungen und Kapitalverkehrskontrollen seit den 1980er Jahren massiv verschärft. Die globalisierte Wirtschaft bringt einen Wettbewerb der Nationalstaaten als Standorte um geringere Arbeitskosten, niedrigere Steuerbelastungen und verwertbare Ausbildungslinien. Zugleich wird die Durchsetzung regulatorischer Beschränkungen in den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz oder Steuerpolitik erschwert, da zusätzliche Regulierung die Standortbedingungen aus Sicht des internationalen Kapitals ungünstig beeinflussen kann. Dass ein solcher Standortwettbewerb, die Durchsetzung demokratischer wie nicht-demokratisch gesetzter Regeln erschwert und ein zusätzliches Machtpotential für transnational agierende WirtschaftsakteurInnen generiert, ist dabei keine neue Erkenntnis – vielmehr wurden die Folgen eines solcherart intensivierten Standortwettbewerbs bereits früh erkannt. So artikulierte bereits Rosa Luxemburg das Bedenken, dass "solange kapitalistische Staaten bestehen, namentlich solange die imperialistische Weltpolitik das innere und äußere Leben der Staaten bestimmt und gestaltet, das nationale Selbstbestimmungsrecht" (Luxemburg 1919:154) der einzelnen Nationen in Frage steht. Eine ähnliche Diagnose finden wir in inverser normativer Deutung bei Friedrich August von Hayek, der eine Konkurrenz der Staaten als mögliche und attraktive Option zur Begrenzung staatlicher Kontrolle ansieht

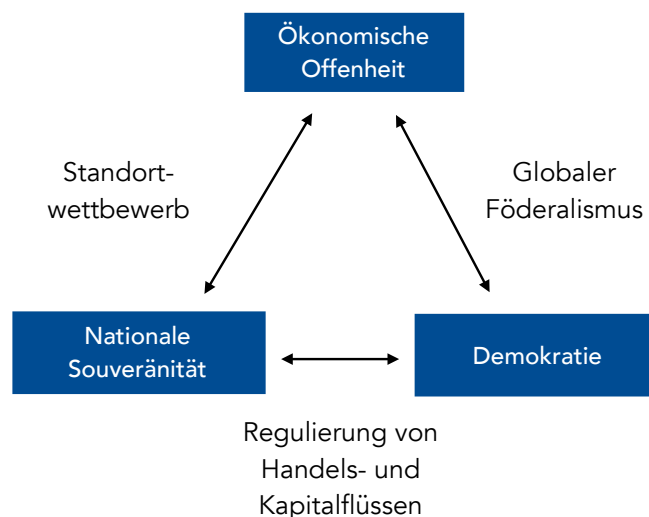
"While the states could, of course, exercise control [...], it must not be overlooked that, provided the state could not exclude commodities produced in other parts of the Union, any burden placed on a particular industry by state legislation would put it at a serious disadvantage as opposed to similar industries in other parts of the Union. As has been shown by experience in existing

federations, even such legislation as the restriction of child labor or of working hours becomes difficult to carry out for the individual state.“ (Hayek 1948: 260)

Diese Auseinandersetzung um globale Wettbewerbsfähigkeit wird im politischen Diskurs zur Forderung nach einer „marktkonformen Demokratie“, die dem globalen Standortwettbewerb nicht mit Regeln im Weg steht. Das bedeutet einen Macht- und Autonomieverlust der Nationalstaaten, aber auch der ArbeiterInnen und der Kleinunternehmen, zu Gunsten transnationaler Konzerne als Folge der ökonomischen Globalisierung (Rothschild 1998).

Eine modernere, zeitgemäße Fassung der Argumente von Luxemburg und Hayek findet sich bei Dani Rodrik, der den Zusammenhang als Trilemma darstellt (Rodrik 2011). Rodrik definiert das Trilemma der Globalisierung anhand dreier Ziele, die aufgrund endogener ökonomischer Mechanismen miteinander in Konflikt stehen: ökonomische Offenheit, nationalstaatliche Souveränität und Demokratie als politisches System. Damit im Trilemma des Standortwettbewerbs nicht die marktkonforme Demokratie, die Politik nur mehr nach den Anforderungen des internationalen Standortwettbewerbs betreibt und damit ihre Souveränität aufgibt, als Ergebnis eintritt, schlägt Rodrik zwei Alternativen vor: Die Überwindung der nationalstaatlichen Souveränität zur Formierung einer demokratischen Weltregierung, um das Primat der Politik über die global agierende Wirtschaftselite wiederherzustellen (Globaler Föderalismus) oder das Ende des globalen Standortwettbewerbs durch eine Re-Regulierung der internationalen Handels- und Finanzströme. Rodriks Schema bringt das Dilemma nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seiner Logik auf den Punkt: Globaler Standortwettbewerb steht einem Freiheitszuwachs in Form von nationaler Selbstbestimmung und dem Ausbau demokratischer Entscheidungsfindung entgegen. Darin liegt ein zweites Dilemma einer liberalen Vision der Globalisierung.

Abbildung 2: Das Rodrik'sche Trilemma



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Rodrik (2011).

Der globale Standortwettbewerb unterminiert Grundvorstellungen des politischen Liberalismus systematisch, wie es am Beispiel der fehlenden Gleichheit und der Beschränkungen demokratischer Entscheidungsfindung bereits artikuliert wurde. Dazu kommt, dass die Einhaltung regulatorischer und moralischer Standards vor dem Hintergrund der Möglichkeit regulatorischer Arbitrage nicht mehr direkt erzwungen werden kann, sondern stärker von den Entscheidungen mächtiger WirtschaftsakteurInnen abhängt. Der mit dieser Konstellation verbundene Anreiz bestehende soziale Verpflichtungen zu umgehen und dies als kostensenkende Innovation zu interpretieren, führt letztlich zu einer sinkenden Grenzmoral. Diese äußert sich darin, dass Firmen unter dem globalen Wettbewerbsdruck Anreize folgen, derartige „Innovationen“ zu realisieren, und zugleich Staaten und Länder unter Druck stehen, derartige Regelumgehungen zu ermöglichen. Der internationale Wettbewerb in der Steuerpolitik verdeutlicht dies, da Gewinne internationaler Konzerne vorwiegend in jenen Ländern verbucht werden, die sich durch besonders niedrige Gewinnsteuersätze auszeichnen (Tørsløv et al 2022).

Die Chance auf eine regulatorische Arbitrage setzt Anreize für Unternehmen Umgehungsstrategien durch die Nutzung national unterschiedlicher Rechtssysteme zu verfolgen. Zum Beispiel lassen sich Kostenvorteile durch die Verlagerung von Produktionsstandorten in ein Land mit niedrigeren Umweltstandards realisieren, es entsteht ein Anreiz für umweltschädliches Handeln. Im globalen Standortwettbewerb baut sich damit ein Handlungsdruck auf – einerseits für weitere Unternehmen, ebenso diese Arbitrage durch Standortverlagerungen zu realisieren und andererseits für Staaten ihre gesetzlichen Regelungen so zu gestalten, dass Umgehungsstrategien erst ermöglicht werden. Für beide AkteurInnen gilt im globalen Standortwettbewerb das Ziel wettbewerbsfähig zu bleiben.

Diese Tendenz des unregulierten Wettbewerbs zu einer sinkenden Grenzmoral, die letztlich auch die Ideale des politischen Liberalismus untergräbt, tritt auch in anderen Kontexten zu Tage. So weisen verhaltensökonomische Studien, wie jene von Schwier und Weichselbaumer (2010), empirisch nach, dass erhöhter Wettbewerbsdruck, die Neigung zu betrügerischem Verhalten steigert. Andere Studien, wie die von Shleifer (2004) zeigen, dass erhöhte Intensität im Wettbewerb dazu führt, ethische Standards wie das Verbot von Kinderarbeit, Anti-Korruptionsrichtlinien oder Gewinnmanipulationen zu verwässern. In experimentellen Anordnungen, die Wettbewerbsbedingungen in Anlehnung an Wettbewerbsmärkte simulieren (Falk and Szech 2013, Bartling 2015), zeigt sich, dass AkteurInnen in diesen Kontexten eher bereit sind ihre moralischen Ansprüche zu reduzieren. Dieses Muster der „sinkenden Grenzmoral“ (Briefs 1957) als Folge des Wettbewerbszwangs kann eine Abwärtsspirale zur Folge haben, wenn auch weitere MarktteilnehmerInnen, der Wettbewerbslogik folgend, Standards reduzieren müssen.

Ähnliche Entwicklungen sind auch aus anderen gesellschaftlichen Bereichen bekannt, wie etwa Doping im Sport oder demagogische Kommunikation in der Politik, wo das Absenken der eigenen moralischen Standards routinemäßig mit dem Verweis auf den ebenso stattfindenden moralischen Verfall des Gegenübers gerechtfertigt wird.

Eine regulative Einhegung dieser Dynamik im ökonomischen Bereich fordert unterschiedliche Politikfelder wie etwa die Steuerpolitik, die Wahrung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, den KonsumentInnenschutz, das Arbeitsrecht oder umweltschutzrechtliche Bestimmungen. Erst durch eine solche Einhegung werden

kooperative Konfliktlösungsverfahren im Sinne eines politischen Liberalismus möglich, etwa durch eine international koordinierte Setzung von Standards (Kapeller et al. 2016). Der Standortwettbewerb setzt jedoch starke Anreize keine solch kooperative Lösung, zur Frage welche moralischen und gesetzlichen Standards im Bereich des wirtschaftlichen Handelns gelten sollen, zu entwickeln – weder auf globaler Ebene noch auf Ebene nationaler Politik.

Wie die Beispiele in diesem Abschnitt zeigen, führen die Logiken der Globalisierung im Sinne eines Standortwettbewerbs zu einer Reduktion von rechtlichen und politischen Standards. Im Gesamtbild einer „liberalen Vision der Globalisierung“ schränkt damit die Logik des freien Handels die Durchsetzung der politischen Rechte ein und verhindert damit die parallele Durchsetzung von Wohlfahrtszuwächsen und dem Ausbau von politischen Grundrechten.

## 5. Pfadabhängigkeit ökonomischer Entwicklung

Eine liberale Vision der Globalisierung ist also mit zwei Entwicklungen konfrontiert, die den Weg zu mehr politischer und ökonomischer Konvergenz erschweren. Das ist einerseits die wachsende Ungleichheit und andererseits die Folgewirkungen des globalen Standortwettbewerbs, der politische Regulierungen für die Ausweitung und Durchsetzung demokratischer Grundrechte mit Gewinnmöglichkeiten in Konkurrenz setzt. Hinzu kommt nun die empirische Beobachtung, dass im internationalen Wettbewerb Pfadabhängigkeiten auftreten, die einer Konvergenz der Lebensstandards und regulatorischen Grundlagen tendenziell entgegenstehen.

Nicholas Kaldor (1980) zeigt, dass die Annahme der traditionellen (neoklassischen) ökonomischen Theorie, Freihandel brächte Wohlstandsgewinne für alle Beteiligten, unter realitätsfernen Ausgangspunkten getroffen wird. Er beschreibt als Kontrastfall eine Entwicklungsdynamik, in der Freihandel zu einer stets fortschreitenden Polarisierung und einer Umverteilung von Wohlstand führt:

„success breeds further success and failure begets more failure [which leads,] to a ‘polarisation process’ which inhibits the growth of [manufacturing] activities in some areas and concentrates them in others” (Kaldor 1980: 88)

Divergenz und Polarisierung in der globalisierten Wirtschaft sind, wie bereits angedeutet, auch heute ein umstrittenes Thema und Konvergenzdebatten gewinnen insgesamt wieder an Bedeutung (z.B. Patel et al. 2021, Johnson/Papageorgiu 2020). Neuere Forschungen zeigen jedoch, dass sich pfadabhängige Polarisierungsprozesse nicht zwangsläufig auf die simple Dichotomie von Erfolg-Misserfolg reduzieren lassen (z.B. Baccaro/Pontussen 2016, Gräbner et al. 2020). Präziser ist es diese Tendenz als unterschiedliche Entwicklungspfade oder Wachstumsmodelle zu beschreiben, die oftmals mit (a) Spezialisierungen entlang der Wertschöpfungskette und/oder (b) der Schaffung spezifischer institutioneller oder regulatorischer Bedingungen einhergehen. Beide Faktoren sind dabei hochgradig persistent und beruhen auf unterschiedlichen „Erfolgsfaktoren“ im Standortwettbewerb. Entlang der Wertschöpfungskette sind fortgeschrittene technologische Kapazitäten, günstige Arbeitskräfte oder das Vorhandensein natürlicher Ressourcen von Vorteil. Bei institutionellen Erfolgsfaktoren handelt es sich vorwiegend um steuerliche und finanzmarktpolitische Regulierungen, die etwa von internationalen Konzernen zur Gewinnverschiebung genutzt

werden oder in einzelnen Fällen um fehlende Regelungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik (z.B. Versammlungsrecht, Arbeitssicherheit) bzw. der Umweltregulierung. Typischerweise finden sich in einer auf Länderebene vergleichenden Analyse auch viele Staaten, die keine nennenswerten Erfolgsfaktoren vorweisen können – etwa in Subsahara-Afrika, aber auch in Südeuropa. Die unterschiedliche Performance derartiger Entwicklungspfade oder ‚Wachstumsmodelle‘ schafft wiederum neue Anreize ‚Standortvorteile‘ für internationale Konzerne oder vermögende Individuen zu schaffen, um im Standortwettbewerb eher reüssieren zu können.

Die verfügbaren Daten weisen vor allem auf die schon erwähnte Persistenz von Entwicklungspfaden hin: So sind etwa die globalen Extraktionsverhältnisse primärer Ressourcen im Zeitverlauf hochgradig stabil und weisen Lateinamerika, Osteuropa, weite Teile Asiens und des Pazifikraums sowie Afrikas als zentrale Extraktionsökonomien aus (Schandl et al. 2018). Auch die Entstehung und sukzessive Verfestigung von Finanzzentren, Steuersümpfen und ähnlichen Formen von ‚beggar-thy-neighbour‘ Politiken, die einen Gewinn auf Kosten von anderen Ländern versprechen, ist dabei ein persistentes – weil schwer rückgängig zu machendes – Phänomen, das inzwischen in unterschiedlichen Ausprägungen auch eine Reihe großer, etablierter Ökonomien wie Großbritannien, die Niederlande oder Irland umfasst.

Analysen der technologischen Entwicklungsdynamik einzelner Länder zeigen eine Konzentration der technologischen Kompetenz in den im Produktionsbereich führenden Ländern (z.B. Deutschland, China), während eine stetig wachsende Zahl an Staaten (z.B. Finnland in der letzten Dekade) Schwierigkeiten hat, mit der rasanten Entwicklung an der *World Technology Frontier* Schritt zu halten. Das Wachstumsmodell der technologisch weit fortgeschrittenen Ökonomien ist aus Sicht der Wachstumsperformance also weiterhin attraktiv, es zeigt allerdings auch starke Konkurrenz und Konzentrationsprozesse, die zu einer fortschreitenden Polarisierung führen (Gräbner et al. 2020).

## 6. Resümee: Dilemmata marktliberaler Globalisierung

Eine liberale Vision der Globalisierung, die auf Ideen des politischen Liberalismus und des Wirtschaftsliberalismus aufbaut, setzt sich die gleichzeitige Mehrung politischer Rechte und ökonomischer Freiheiten zum Ziel. Die Diskussion verschiedener Zugänge und Argumente fördert mehrere Spannungsfelder einer liberalen Vision der Globalisierung zu Tage.

Ökonomische Ungleichheit gefährdet durch das Aufkommen von Abhängigkeitsverhältnissen zwischen AkteurInnen politische Rechte und damit die Freiheit eigene Ziele zu verwirklichen. Wachsende Ungleichheit steht Konvergenzziele entgegen, gefährdet das Wohlstandsversprechen und führt zu stark ungleichen Handlungsspielräumen entlang der globalen Einkommenshierarchie. Auf nationalstaatlicher Ebene erhöht der Standortwettbewerb den Druck politische Freiheitsrechte abzubauen, um Standortvorteile zu generieren. Globaler Standortwettbewerb steht damit einem Freiheitszuwachs in Form von nationaler Selbstbestimmung und dem Ausbau demokratischer Entscheidungsfindung entgegen. Die diesen Entwicklungen innewohnende Dynamik verstärkt bestehende Pfadabhängigkeit und Ungleichheiten. Das Ziel einer konvergenten Entwicklung erscheint in dieser Perspektive weder in politischer noch in ökonomischer Hinsicht besonders leicht



erreichbar – da die globale Kooperation möglichst vieler Nationen, die für eine solche Konvergenz ebenso nötig wäre wie für eine Bewältigung des Klimawandels, durch sukzessiven Wettbewerb langfristig unterminiert wird.

Damit wird klar, dass ohne eine politische Einhegung von Markt und Wettbewerb *im Sinne der Freiheit* eine globale Durchsetzung der Menschenrechte ebenso unrealistisch ist, wie eine Umkehrung gegenwärtiger Verteilungs- oder Emissionsdynamiken.

## Literatur

- Akerlof, G. (2017): Publishing and Promotion in Economics: The Curse of the Top Five. Chicago, Illinois: Annual Meeting of the American Economic Association, online unter: <https://www.aeaweb.org/webcasts/2017/curse.php> (abgerufen am 20.08.2022)
- Baccaro L., Pontussen J. (2016): Rethinking Comparative Political Economy: The Growth Model Perspective, in: *Politics & Society*, 44(2): 175-207.
- Bartling, B., Weber, R. A., Yao, L. (2015): Do Markets Erode Social Responsibility? in: *Quarterly Journal of Economics*, 130(1), 219–266.
- Briefs, G.A. (1957): Grenzmoral in der pluralistischen Gesellschaft, in: von Beckerath, E. / Meyer, F.W. und Müller-Armack, A. (Hrsg.): *Wirtschaftsfragen der freien Welt. Zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard*. Frankfurt am Main, 97–108.
- Davis, K.F., D’Odorico, P., Rulli M.C. (2014): Land Grabbing: a preliminary quantification of economic impacts on rural livelihoods, in: *Population and Environment*, 36, 180-192.
- Economides, G., Papageorgiou, D., Philippopoulos, A. (2021): Austerity, Assistance and Institutions: Lessons from the Greek Sovereign Debt Crisis, in: *Open Economies Review*, 32, 435-478.
- Falk, A. und Szech, N. (2013): Morals and Markets, in: *Science* 340(6), 707–711.
- Fukuyama, F. (1992): *The End of History and the Last Man*, London: Penguin Books.
- Gräbner, C., Heimberger, P., Kapeller, J., Schütz, B. (2020): Structural change in times of increasing openness: assessing path dependency in European economic integration, in: *Journal of Evolutionary Economics*, 30, 1467-1495.
- Grant, E., Das, O. (2015): Land Grabbing, Sustainable Development and Human Rights, in: *Transnational Environmental Law*, 4(2), 289-317.
- Hayek, F.A. (1948[1939]): *The Economic conditions of interstate federalism. Individualism and economic order*, University of Chicago Press.
- Hayek, F.A. (2001[1945]): *The Road to Serfdom with The Intellectuals and Socialism. The Condensed Version*, London: Institute of Economic Affairs.
- Hobbes, T. (1996[1651]): *Leviathan*, Hamburg: Meiner.
- Johnson, P., Papageorgiu, C. (2020): What Remains of Cross-Country Convergence?, in: *Journal of Economic Literature*, 58(1), 129-175.
- Kaldor, N. (1980): *The Foundations of Free Trade Theory and their Implications for the Current World Recession*, in: *Unemployment in Western Countries*, London: Springer.
- Kant, I. (1977[1797]): *Die Metaphysik der Sitten*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kapeller, J., Schütz, B., Tamesberger, D. (2016): From Free to Civilized Trade: A European Perspective. *Review of Social Economy*, Vol. 74(3): 320-328.
- Keynes, J.M. (1973[1938]): Briefwechsel mit Roy Harrod. In: Keynes, J. M. (1973): *Collected Works*, V. XIV.
- Klas, G., Mader, P. (2014) (Hrsg): *Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik*. Frankfurt/New York: Campus.
- Luxemburg, R. (1919[2012]): *Junius: Die Krise der Sozialdemokratie*. 2. Auflage, Berlin.
- Mader, P. (2014): Mikrofinanz zwischen “Finanzieller Inklusion“ und Finanzialisierung, in: Heires, M., Nölke, A. (Hrsg.): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*, Wiesbaden: Springer, 163-177.

- Milanovic, B. (2013a): Global Income Inequality in Numbers: in History and Now, in: *Global Policy* 4(2), 198-208.
- Milanovic, B. (2013b): Global Income Inequality: Current Trends and Future Developments, Policy Research Talk, World Bank Development Research Group, Washington, DC, October 15, 2013, online unter <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/836191550771613249-0050022019/original/BMilanovicPolicyResearchTalkGlobalIncomeInequality.pdf> (abgerufen am 20.08.2022).
- Mill, J.S. (1989[1873]): *Autobiography*, London: Penguin Books.
- Myrdal, G. (1963[1932]). *Das Politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Pinker, S. (2018): *Enlightenment Now: The Case for Reason, Science, Humanism and Progress*, New York: Viking.
- Popper, K.R. (2010[1945]): *The Open Society and Its Enemies*, London: Routledge.
- Pühringer, S. (2019): The ‘eternal character’ of austerity measures in European crisis policies: Evidence from the Fiscal Compact discourse in Austria, in: Power, K. / Tanweer, A. / Lebdusková, E. (eds.): *Discourse Analysis and Austerity*, London: Routledge, 237-251.
- Ricardo, D. (1817): *On the Principles of Political Economy and Taxation*, London.
- Rodrik, D. (2011): *The Globalization Paradox*, New York: Oxford University Press.
- Rosling, H., Rosling, O., Rönnlund, A. R. (2019): *Factfulness: ten reasons we’re wrong about the world - and why things are better than you think*. London: Sceptre.
- Rothschild, K.W. (1954): The Wastes of Competition, in: Chamberlin, E.H. (eds): *Monopoly and Competition and their Regulation*. International Economic Association Conference Numbers 1–50. Palgrave Macmillan, London, 301-314.
- Rothschild, K.W. (1998): *Freedom Unlimited. Bemerkungen zum Freihandelsdogma*, in: Beinsen, L. (Hg.): *Ökonomie und Common Sense*, Gunter Tichy zum 60. Geburtstag, Graz: Leykam.
- Rousseau, J.J. (2000[1762]): *Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts*, München: Beck.
- Roy, A. (2004): *Capitalism – A Ghost Story*, Chicago: Haymarket Books.
- Schandl, H., Fischer-Kowalski, M., West, J., Giljum, S., Dittrich, M., Eisenmenger, N., Geschke, A., Lieber, M., Wieland, H., Schaffartzik, A., Krausmann, F., Gierlinger, S., Hosking, K., Lenzen, M., Tanikawa, H., Miatto, A. and Fishman, T. (2018), *Global Material Flows and Resource Productivity: Forty Years of Evidence*. *Journal of Industrial Ecology*, 22, 827-838.
- Schwieren C., Weichselbaumer D. (2010): Does competition enhance performance or cheating? A laboratory experiment, in: *Journal of Economic Psychology*, 31(3), 241-253.
- Sen, A. (2010): *Die Idee der Gerechtigkeit*, München: Beck.
- Shleifer, A. (2004): Does Competition Destroy Ethical Behaviour?, in: *American Economic Review*, 94(2), 414-418.
- Tørsløv, T., Wier L., Zucman G. (2022): The Missing Profits of Nations, *The Review of Economic Studies*, forthcoming, online unter: <https://doi.org/10.1093/restud/rdac049> (abgerufen am 15.08.2022).
- Ulrich, P. (2002): *Der entzauberte Markt. Eine wirtschaftsethische Orientierung*, Freiburg: Herder.
- Weiler, E. (2020): *Der ursprüngliche Gemeinbesitz an der Erde: zu den normativen Grundlagen der Nutzung natürlicher Ressourcen in der Eigentumsdiskussion von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart*. Dissertation an der Universität Duisburg-Essen.
- Yunus, M. (2003): *Banker to The Poor: Micro Lending and the Battle Against World Poverty*. New York: Public Affairs.